

Abonnement: für Berlin vierteljährlich 6. M. 75 a., für das deutsche Reich und ganz Österreich 9. M. incl. der Postbeförderungsgebühren. Bestellungen nehmen an die Expedition, W. (S.) Mohrenstraße 59, und sämtliche Postanstalten.

National-Zeitung.

Inserate. — Die Beilage: Morgen-Ausgabe 4-spaltig 40 a. Colonne resp. deren Theile 300 M. u. f. w. Abend-Ausgabe 3-spaltig 60 a. — Reklame 3-spaltig 1 M. 50 a. — Colonne 450 M. u. f. w.

Deutscher Reichstag.

1. Sitzung vom 3. März.

Am Bundesrathssitz: v. Bötticher.

Um 1 Uhr füllte sich der Saal, der bald gut besetzt erschien. Alle größeren Parteien waren anscheinend gleichmäßig vertreten. Abg. v. Bennigsen nahm seinen alten Platz in der ersten Reihe der National-Liberalen ein, neben ihm die Abgg. Hammer, Hübner und v. Bernuth. Abg. Miquel hat einen weiter zurückliegenden Platz in der fünften Reihe gewählt. Um 1 Uhr 35 Minuten begab sich

Abg. Graf Moltke auf den Platz des Präsidenten und eröffnete die Sitzung mit folgenden Worten: Meine Herren! Nach Paragraph 1 der Geschäftsordnung soll bei Beginn einer neuen Legislaturperiode der älteste anwesende Abgeordnete vorläufig die Leitung unserer Geschäfte übernehmen. Ich bin geboren im Jahre 1800, und es wird wohl Niemand hier älter sein als ich. Das ist nicht der Fall. Ich übernehme daher das Alterspräsidium und eröffne die Sitzung. Ich bitte die Herren Abgg. Graf zu Kleist, Dr. v. Kulmbach, Graf Schönborn und Goldschmidt vorläufig das Amt als Schriftführer zu übernehmen und neben mir Platz zu nehmen.

Der hierauf zur Konstitution der Beschlussfähigkeit vorgenommene Namensaufruf ergab die Anwesenheit von 252 Abgeordneten. Das Haus ist also beschlussfähig.

Eingegangen sind außer anderen verschiedenen Rechnungshörschriften und Berichten der Etat für 1887/88, sowie Gesetzentwürfe betr. die Aufnahme einer Anleihe für Zwecke des Reichsheeres, der Marine und der Reichseisenbahnen, die Unfallversicherung der Seeleute, die Unfallversicherung der bei Bauten beschäftigten Personen, einige auf die Marine bezügliche Änderungen und Ergänzungen des Gesetzes vom 27. Juni 1871 bezüglich Pensionierung und Beförderung, die Feststellung der Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres.

Alterspräsident Graf Moltke erbittet die Einwilligung des Hauses dazu, daß, wie es früher geschehen, die Berathung in die Abtheilungen des Schriftführers und dem Bureau überlassen werde.

Zur Geschäftsordnung nimmt hierauf das Wort der

Abg. Windthorst: Es ist jetzt der Moment, wo das Haus zum ersten Male eine Thätigkeit ausüben soll, und ich glaube, es ist der Zeitpunkt geeignet, die Frage aufzuwerfen, ob das Haus wirklich zu einer derartigen Thätigkeit schreiten kann. Nach meinem Dafürhalten ist das Haus in dieser Lage nicht, weil die Stichwahlen noch nicht zum Abschluß gekommen sind, und vor Beendigung des Wahlgeschäfts ein Reichstag in dem Sinne der Verfassung nicht vorhanden ist. Ich weiß wohl, daß man anführt, der Reichstag sei mit einer gewissen geringeren Anzahl von Mitgliedern beschlussfähig, das heißt, allerdings, wenn der Reichstag beisammen ist. Der Reichstag ist die Versammlung der in der Verfassung festgesetzten Zahl von Abgeordneten, und so lange nicht alle Wahlkörper ihr Wahlgeschäft beendigt haben, kann von einer Thätigkeit des Reichstages eigentlich nicht die Rede sein. Ich bin deshalb der Meinung, daß wir mit den Geschäften nicht weiter gehen können, bevor die Stichwahlen nicht vollständig beendet sind; insofern habe ich zur Zeit nicht die Absicht, dieser Anweisung weiter praktische Folge zu geben und es genügt mir, diesen Gesichtspunkt hervorgehoben zu haben, damit nicht für die Folge aus einem derartigen Vorgehen, wie heute, Konsequenzen gezogen werden. Heute kommt ja ein solches überraschendes Vorgehen vielleicht dieser oder jener Partei recht bequem; es kann aber sehr wohl recht bald eine andere Strömung sich geltend machen und dann wird es denselben Leuten nicht mehr recht sein. Im parlamentarischen Leben ist, glaube ich, nichts wichtiger, als daß die Formen voll und ganz inne gehalten werden. Ich bin nun der Meinung, daß es den Majoritätsparteien obliegt, diese Rechte und diese Gesichtspunkte wahrzunehmen. Wenn sie es nicht thun, ist es ihre Schuld, wenn daraus Vorgänge zu unseren Ungunsten entstehen. Ich wiederhole, ich begreife mich damit, diesen Gesichtspunkt hervorgehoben zu haben; ich protestire gegen jede weitere demnachst daraus zu ziehende Konsequenz und will zur Zeit weitere praktische Folgen daran nicht knüpfen.

Staatssekretär von Boetticher: Der Herr Vorredner hat sich dahin ausgesprochen, daß er auf die Berufung des Reichstages auf den heutigen Tag keine weiteren praktischen Folgen knüpfen wolle, und das ist sehr gut von ihm; denn ich würde in der That nicht, welche praktische Folgen er daran knüpfen wollte. (Sehr richtig! rechts.) Ich habe aber aus den Ausführungen des Vorredners einen gewissen Vorwurf gehört, daß Sr. Majestät dem Kaiser gerathen worden ist, den Reichstag auf den 3. März vor Feststellung der Resultate der Stichwahlen zu berufen. Ich muß diesen Vorwurf allen Gemüths auf das Entschiedenste zurückweisen. Ein solcher Vorwurf ist durchaus unbegründet; und — weit entfernt davon, daß das Vorgehen Sr. Majestät des Kaisers zur obfalligen Kritik herausfordert, — sollten der Reichstag und das deutsche Volk dankbar sein, daß die Fristen abgefrist worden sind, um so rasch wie möglich, wie auch in der heutigen Eröffnungsrede gesagt ist, die Gesetze über die Friedenspräsenzstärke des Heeres und über den Reichshaushaltsetat vor dem 1. April zu erledigen. (Sehr wahr! rechts.) Ich nehme diesen Dank für die kaiserliche Regierung in Anspruch und werde abwarten, ob und was Abg. Windthorst gegen dieses kaiserliche Recht vorzubringen hat. Der Reichstag ist gewählt am 21. Februar, das Wahlergebnis am 24. Februar festgestellt worden. Wollten wir abwarten, bis die 62 Stichwahlen, die sich als notwendig herausgestellt haben, auch abgefrist sind, so würden wir bis zur Mitte des März gekommen sein, bevor wir den Reichstag hätten versufen können und der Reichstag an die Erledigung dieser Vorlagen hätte eilen können. Sobald die Mehrheit des Reichstages versammelt ist und der Reichstag ordnungsmäßig berufen ist, hat der Reichstag die Pflicht, an seine Geschäfte zu gehen. (Beifall rechts.)

Abg. Richter: Der Herr Staatsminister hat von Vorwürfen gegen den Kaiser gesprochen, so daß ich nicht umhin kann, mich dagegen zu verwehren. Diese Art, gleich bei der ersten Gelegenheit den Kaiser in die Debatte zu ziehen, beweist, daß die Minister ihre eigene Stellung für zu schwach erachten (Oh! rechts). Sehr richtig! links), beweist, daß die Minister ihre sachlichen Gründe für so schwach halten, daß sie glauben, durch eine feierliche Berufung auf den kaiserlichen Namen sich decken zu müssen. (Gelächter rechts.) Man kann ja verschiedene Gründe der Zweckmäßigkeit dafür geltend machen, daß der Reichstag möglichst früh in die Lage kommt, wenigstens den Etat vor dem 1. April festzustellen, und die Mehrheit kann auch überseits Gründe der Zweckmäßigkeit für die Militärvorlage anführen. Es ist dies aber überhaupt keine Zweckmäßigkeitsfrage, sondern in erster Reihe eine Rechtsfrage, und dieser müssen sich alle Zweckmäßigkeitsgründe unterordnen. Nach meiner Meinung steht die Bestimmung der Verfassungskunde, wonach zur Gültigkeit der Beschlüsse die Mehrheit der Abgeordneten erforderlich ist, voraus, daß überhaupt ein Reichstag im Sinne der Verfassung vorhanden ist. Nun ist die Sachlage so: die Ergebnisse der Stichwahlen sind heute noch nirgends proklamiert, in Folge dessen sind mehr als 60 Reichswahlkreise nicht vertreten, ein Sechstel des deutschen Reiches hat also in diesem Reichstag seine verfassungsmäßige Vertretung nicht gefunden. Ich verwehre mich dagegen, daß hierauf ein Präzedenz für die Zukunft gemacht und daß man sich für die Zukunft darauf beruft, daß ein derartig mancherlei vertretener Reichstag gültige Beschlüsse fassen. Ich nehme an, daß eine mala fides in seiner Weise vorhanden ist, ich gebe auch zu, daß für die Geschäfte der Konstitution und für die nächsten Geschäfte für die Mehrheitsverhältnisse bei der Beschlussfassung nicht ins Gewicht fällt, ob die Stichwahlen schon proklamiert sind; tatsächlich liegt also im Augenblick bei den nächsten Geschäften kein Grund vor, eine Verwahrung einzulegen. Ich verwehre mich

aber aus diesen Gründen gegen ein Präzedenz, wo die Verhältnisse anders liegen können und behalte mir vor, wenn hier die Beschlussfassung in Frage kommt über Gegenstände, wo die Majoritätsverhältnisse noch und noch den Stichwahlen ins Gewicht fallen können, meine weiteren Ansichten auszuführen.

Abg. v. Seelhorst (Konf.): Der Vorredner hat selbst angegeben, daß hier ein praktischer Grund gegenwärtig nicht vorliegt. Ich muß, sowohl was die Rechts- als die Verfassungsfrage anlangt, die entgegengesetzte Auffassung aussprechen, wie die Abg. Richter und Windthorst, auch mache ich darauf aufmerksam, daß öfter bereits in der Praxis Beschlüsse des Reichstages gefasst sind, während immer noch einzelne Mandate nicht vertreten und Nachwahlen nöthig waren. Ich meine, der Kaiser und die verbündeten Regierungen waren entschieden berechtigt, den Reichstag zu dieser Zeit einzuberufen, zumal da es unbedingt notwendig ist, wenigstens mit den formalen Geschäften so schnell als möglich vorzugehen.

Abg. v. Bennigsen (nl.): So weit mir bekannt ist, ist früher in ähnlicher Weise bei Einberufung des Reichstages noch nicht verfahren worden. Man wird also den Abgg. Windthorst und Richter insoweit zugeben können, daß hier ein ungewöhnliches Verfahren vorliegt. Nicht aber angeben kann man ihnen, daß dieses Verfahren in Widerspruch mit Verfassung und Gesetz steht, und es ist auch von keinem Herrn irgend eine verfassungsmäßige oder gesetzliche Bestimmung angeführt, in Widerspruch mit welcher die Einberufung des Reichstages erfolgt ist, nachdem am 21. Februar die Wahlen stattgefunden haben und am 25. Februar in den einzelnen Reichstagswahlbezirken das Ergebnis derselben festgestellt ist. Man kann also nicht weiter gehen, als daß man anerkennt — und das, glaube ich, werden auch diejenigen Parteien wohl thun, welche die Mehrheit in diesem Hause bilden — daß besondere Gründe vorliegen müssen, wenn abweichend von dem bisherigen Verfahren in der Anwendung von Verfassung und Gesetz dieses Mal der Reichstag berufen ist, ehe die Stichwahlen zum Abschluß gebracht worden sind. Aber die heutige Thronrede geht klar, wer die Verhältnisse in Deutschland und Europa aufmerksam in den letzten Jahren verfolgt hat, der wird anerkennen müssen, daß in der allgemeinen Weltlage außerordentliche Verhältnisse vorhanden waren, die die verbündeten Regierungen und den Kaiser zu einem beschleunigten Vorgehen vollkommen berechtigt, vielleicht verpflichtet erscheinen ließen. (Zustimmung rechts und bei den National-Liberalen.) Und für den Reichstag kommt hinzu, was auch die beiden geehrten Herrn gewiß anerkennen, daß auch wir Werth darauf legen müssen, daß wir nicht ohne Noth fünf, sechs oder acht Tage verliere, um den Etat festzustellen, der, wenn irgend thunlich, bis zum letzten dieses Monats fertig zum Abschluß gebracht werden muß.

Indem auch ich den Wunsch ausspreche, daß an der Hand der Bestimmungen von Verfassung und Gesetz, nie ohne ganz besondere dringende Veranlassung, ohne ungewöhnliche Verhältnisse solche eilige Berufung wieder stattfindet, kann ich in diesem Hause nicht bloß das Recht, sondern auch die Zweckmäßigkeit, man kann sagen, die politische Nothwendigkeit der Maßregel von diesem Standpunkt aus anerkennen. (Beifall rechts und bei den National-Liberalen.)

Abg. Dr. Windthorst: Wenn wir debattieren, so debattieren wir mit dem Reichskanzler oder den Ministern, wenn wir aber ein solches Verfahren einschlagen, wie der Herr von Bötticher heute, dann hören wir auf zu debattieren; gegenüber der heiligen Person Seiner Majestät ist eine freie Diskussion unmöglich. (Zustimmung im Centrum und links.) Für heute will ich diesen Ansichten keine weiteren praktischen Folgen geben, ich wollte ruhig abwarten, was die Majoritätsparteien thun würden. Dabei hat sich beiden Repräsentanten dieser Parteien eine Verschiedenheit in der Stellung ergeben. Herr von Seelhorst erkennt ohne weiteres das Verfahren der Regierung als rechtmäßig an. Herr von Bennigsen aber war der Meinung, daß nur aus besonderen Zweckmäßigkeitsgründen die Sache so gehandelt konnte, wie sie geschieht. Das ist der Standpunkt, welchen der National-Liberalismus immer einnimmt (Zustimmung links und im Centrum), das Gesetz hört auf, wenn es im Augenblick nicht zweckmäßig ist. (Lebhafter Widerspruch bei den National-Liberalen.) Das sind die Grundzüge der Opportunität. Zunächst kommt aber hier in Betracht die Rechtsfrage, und über die kann keine Opportunität hinweghelfen. Ich wiederhole, mir genügt es, erstens meinen Standpunkt vollständig gewahrt zu haben für alle Zukunft, und zweitens die Erklärung der national-liberalen Partei ertrachtet zu haben, daß nur die ganz außerordentlichen Verhältnisse diese Abweichung vom Gesetz (Unruhe bei den National-Liberalen) anlässlich machten. Der Kernpunkt der Sache ist: der Reichstag ist nicht eher vorhanden, als bis das Wahlgeschäft beendet ist, und das ist vor Beendigung der Stichwahlen nicht der Fall.

Abg. v. Karbors (Reichspartei): Wenn der Abg. Richter sagte, die Hereinziehung Sr. Majestät des Kaisers in die Debatte beweise, wie schwach die Minister sich fühlen, so daß sie dieser Debatte bedürften, so beweist es dagegen, daß ich die Rede des Ministers sehr genau gehört habe; ich habe den Vorzug, in seiner Nähe zu sitzen. Zuerst hat der Minister nur davon gesprochen, daß Sr. Majestät der Rath gegeben wäre, den Reichstag so früh zu berufen. Später hat er die Verleumdung des Kaisers persönlich genannt, aber wie konnte denn der Artikel 12 der Verfassung? „Dem Kaiser steht das Recht zu, den Reichstag und den Reichstag zu berufen, zu verlagern und zu schließen.“ Das ist kaiserliches Recht, und dieses zu betonen, war der Vertreter der Regierung nicht allein im Recht, sondern es war sogar seine Pflicht. Dann haben die Abgeordneten Richter und Windthorst gemeint, der Reichstag wäre nicht als rechtmäßig berufen zu werden, wenn nicht alle Stichwahlen beendet wären. Ich bitte die Herren, mir nur eine Stelle der Verfassung nachzuweisen, in der bestimmt ist, daß eine so und so starke Quote von Abgeordneten gewählt sein soll, ehe der Reichstag zusammentreten soll. Herr Richter sagte, ein Sechstel Deutschlands sei hier nicht vertreten. Steht denn aber in der Verfassung, daß dies fehlende Sechstel ein Stimmungsgrund für die Berufung des Reichstages sei? Ich stehe nun nicht auf dem Standpunkt des Abgeordneten von Bennigsen, daß eine so frühe Berufung nur unter ganz außerordentlichen Umständen stattfinden dürfte. Ich behaupte, der Kaiser hat jeder Zeit das verfassungsmäßige Recht, den Reichstag zu berufen, wenn er glaubt, daß eine genügende Anzahl von Mitgliedern gewählt ist, und wenn er die Einberufung für dringend notwendig erachtet. Was den Vorwurf des Abg. Windthorst gegen die Kartellparteien betrifft, nun, so winnen wir ja jetzt, daß der Abg. Windthorst unfehlbar ist, noch unfehlbarer als der heilige Vater in Rom. (Große Heiterkeit und Unruhe.) Wenn er sagte, die national-liberale Partei stände immer auf opportunistischem Standpunkt, ja, auf welchem befindet er sich denn dem heiligen Vater gegenüber? Er geröthet ihm auch nur, je nachdem es ihm paßt. Bei den jetzt so ersten Zeitverhältnissen mußte der Reichstag so schnell als möglich berufen werden und Pflicht des Reichstages ist es, der Aufforderung in Bewältigung der Geschäfte so schnell als möglich nachzukommen.

Abg. v. Bennigsen (nl.): Ich muß dem Abg. Windthorst in einem Punkte widersprechen. Er hat gemeint, ich bezweifle das formelle Recht, den Reichstag zu berufen und lediglich aus Zweckmäßigkeitsgründen glaube ich mich über Verfassung und Recht hinwegsetzen zu können. Nein, so habe ich mich nicht ausgedrückt. Was formelle Recht habe ich anerkannt, ich habe aber daneben hervorgehoben, daß es dringend wünschenswert sei, nicht ohne die allerdingendsten Gründe von diesem formellen Recht einen solchen Gebrauch zu machen, wie hier geschehen, aus Gründen, welche aus der innern Lage Deutschlands und der Weltlage mir ausdrücklich entgegenstehen. Was den Opportunitätsstandpunkt anlangt, welchen Herr Windthorst mir vorgeworfen hat, so kann ich

ihm diesen Vorwurf, glaube ich, mit sehr viel mehr Recht zurückgeben. (Sehr wahr! rechts und bei den National-Liberalen.) Wenn er meint, daß hier Verfassung und Recht verletzt wären, dann wäre er doch verpflichtet, dieser seiner Auffassung Folge zu geben (Sehr wahr! rechts und bei den National-Liberalen), während er aus Opportunitätsrücksichten gesagt hat, er beabsichtige nicht, seiner Pflicht Folge zu geben. (Sehr wahr! und Heiterkeit rechts und bei den National-Liberalen.)

Abg. Windthorst (Centr.): Ich habe ausdrücklich anerkannt, daß dem Kaiser unzweifelhaft das Recht zusteht, einen Reichstag zu berufen, aber dann muß er doch da sein. (Heiterkeit.) Nach meiner Meinung ist ein Reichstag überhaupt nicht existent, so lange nicht das ganze Wahlgeschäft beendet ist. Daraus folgt meine Stellung zur Sache. Der Reichstag ist die Versammlung der gewählten Deputirten; wenn diese noch nicht alle gewählt sind, kann man sie doch nicht berufen, sie existieren noch nicht. (Heiterkeit.) Was die Opportunitätsgründe betrifft, so ist es doch Aufgabe der Majorität, die Entscheidung zu fällen. Ich muß mich der vis major fügen, kann aber und werde so lange das Wort nehmen, wie es geht. Da liegen doch meinerseits keine Opportunitätsrücksichten vor. Sie haben die Macht dazu, Ihren Ansichten Folge zu geben, und handeln also aus Opportunitätsrücksichten. (Sehr wahr! links und im Centrum; lebhafter Widerspruch rechts und bei den National-Liberalen.)

Abg. von Karbors (Reichspartei): Nach der Theorie des Herrn Windthorst müßte also der Reichstag jedesmal vertagt werden, wenn einige Mitglieder ihre Mandate niedergelegt haben. (Lebhafter Widerspruch links und im Centrum.) Sehr gut! rechts und bei den National-Liberalen.) Wo soll sonst die verfassungsmäßige Grenze liegen? bei zwei, drei oder zehn fehlenden Mandaten? Der Abg. Windthorst schiebt den Majoritätsparteien die Verantwortung für dasjenige zu, was im Reichstage geschieht. Ich kann ihn Namens meiner politischen Freunde versichern, daß diese die Verantwortung dafür auf sich nehmen werden. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Richter: Herr von Karbors glaubte sich bezüglich des kaiserlichen Rechts der Reichstagsberufung auf einen Verfassungsartikel berufen zu können. Er wird aber wissen, daß es in einem anderen Artikel heißt, daß die Verantwortlichkeit dafür übernimmt. Es richten sich unsere geltend gemachten Bedenken hier doch nur gegen den Reichskanzler und wir haben nicht, wie Herr v. Boetticher ausdrücklich sagte, einen Vorwurf gegen den Kaiser erhoben. (Sehr wahr! links und im Centrum.) Gegen diese Aeußerung glaubte ich eine eifrige Verwahrung einlegen zu müssen. Nach Art. 20 der Verfassung geht „der Reichstag aus allgemeinen und direkten Wahlen mit allgemeiner Abstimmung hervor.“ Jetzt wird der Reichstag berufen mitten in den Wahlen, die Stichwahlen sind noch nicht erfolgt, keine einzige ist abgemacht; keiner der aus Stichwahlen bis jetzt hervorgegangenen Gewählten ist in der Lage, einzutreten. Das ist das Charakteristische. Die Frage liegt hier ganz anders, als in den Fällen, wo es sich um Nachwahlen handelt, nachdem die ersten konstituierenden Schritte des Reichstages vollzogen sind. Daß die Sache nicht ohne Bedeutung ist, geht schon daraus hervor: ich kann mir den Fall denken, einen Reichstag, der am 21. gewählt ist, am 25. oder 26. zusammenzutreten zu lassen, um Beschlüsse zu ermöglichen, die, wenn die Stichwahlen vollzogen sind, nicht mehr möglich sein würden. Und dagegen, daß man sich auf den heutigen Tag in Zukunft besetze, glaubten wir unsere Verwahrung einlegen zu müssen. Was heute eine mala fides vorliegt, habe ich von vorn herein zugegeben. Für die Geschäfte heute und in den nächsten Tagen wird der Anfall der Stichwahlen durchaus ohne Bedeutung sein; deshalb behalten wir uns nur das Recht für die Zukunft vor, eventuell Verwahrung einzulegen, daß ohne die aus den Stichwahlen hervorgehenden Abgeordneten Beschlüsse gefasst werden, welche nach deren Eintritt in die Versammlung nicht möglich sein würden. Ob die allgemeine Weltlage diese Maßregel rechtfertigt, über diese Frage möchte ich nicht in eine allgemeine Diskussion eintreten, weil ich die Hereinziehung solcher generellen Gesichtspunkte nicht für richtig halte.

Hiermit schließt die Debatte. Alterspräsident Graf von Moltke: Ich schlage Ihnen vor, daß wir morgen um 2 Uhr in Plenarsitzung zusammentreten; auf der Tagesordnung wird stehen: Wahl der Reichspräsidenten und Schriftführer. Ich würde aber bitten, daß die Herren schon um 12 Uhr in den Abtheilungen zusammentreten, um diese zu konstituieren.

Das Haus tritt diesem Vorschlag bei. Schluß 3 Uhr.

Frankreich.

Paris, 1. März. Die Debatte über die Erhöhung des Kornzolles schreitet nur langsam vorwärts; in der heutigen Sitzung der Kammer hat ganz allein der ehemalige Handelsminister Rouvier gesprochen, der als entschiedener Freihändler die Vorlage aus prinzipiellen und sachlichen Gründen energig bekämpfte, damit aber ersichtlich wenig Eindruck machte. Herr Rouvier gehört bekanntlich zu den voraussetzlichen Mitgliedern des nächsten Kabinetts, es rief daher eine gewisse Bewegung hervor, als er im Laufe seiner Rede die Regierung aufforderte, zu der Vorlage Stellung zu nehmen, da in einer so wichtigen Frage der Konseilpräsident die Ansicht des Kabinetts kundgeben müsse. Diese Aeußerung scheint zu bestätigen, daß die Opportunisten die Absicht haben, das Ministerium auflösch dieser Getreidezolldebatte in eine Sadgasse zu treiben, d. h. durch ein Votum zu verlangen, daß es Jacq. Lefevre und dadurch eine Ministerkrise herbeizuführen. Herr Rouvier sprach von 3 bis 6 Uhr, worauf die Kammer genug hatte und die Fortsetzung der Debatte auf Donnerstag vertagte.

Was nun die angeblich „in Vorbereitung begriffene“ Ministerkrise betrifft, so hat der Kriegsminister General Boulanger gestern die Befriedigung gehabt, seinen Widersachern ad oculos demonstrieren zu können, daß es sehr viele und einflussreiche Leute von den verschiedensten Parteien und aus allen Kreisen giebt, welche vorläufig noch nicht daran glauben, daß der patriotische General und Schilling Clemenceaus und Rocheforts nächstens aus dem Ministerthron der Rue St. Dominique entfernt werden könnte. Eine ministerielle Scène, wie sie gestern im Kriegsministerium stattgefunden hat, ist überhaupt noch nicht „dagewesen“, und es kann darüber kein Zweifel bestehen, daß der bei weitem größte Theil der Tausende, die sich in den glänzenden Salons des Kriegsministeriums drängten, gekommen war, um rechtzeitig dem „Ranne der Zukunft“ zu hulbigen. Wohl bemerkt waren Register angesetzt, in welchen alle Besucher der Scène eingetragen wurden, so daß General Boulanger seine Freunde „de la premiere heure“ schriftlich hat.“ In den Chroniken der ersten Republik kann man die Berichte über die Scène des Generals Bonaparte und seiner Gemahlin Josephine Beauharnais in ihrem Hotel der Rue de la Victoire lesen, welche kurz vor dem Staatsstreich des 18. Brumaire stattfanden. Freilich war der General Bonaparte damals schon der Sieger von Marengo und war eben aus Aegypten zurückgekehrt. Aber man glaubt hier allgemein, wir Deutschen fürchten den General Boulanger, und

das ist für den Kriegsminister ein sehr hohes Amt in seinem Sinne. Allerdings weiß ich gar nicht, ob der General überhaupt die Absicht hat zu spielen. Dies wird sich aber bald zeigen müssen.

Aus dem Reich und den Provinzen.

Stuttgart, 28. Februar. Die Regierung hat den Kammerpräsidenten einen Gesetzentwurf vorgelegt, wonach die einen Jahresertrag von 500 M. nicht überschreitenden Einkünfte und Renten von Wittwen, geschiedenen oder verlassenen Ehefrauen, baderlosen Minderjährigen sowie gebrechlichen Personen, welche im Ganzen nicht mehr als 500 M. Einkommen beziehen, ohne Unterschied, ob dieselben bei einer Wittwen- und Waisenanstalt betheiligt sind oder nicht, von der Steuer von Kapital-, Renten-, Dienst- und Berufs-einkommen frei bleiben sollen. Die Kommission der zweiten Kammer hat sich mit dieser Maßregel, die einen Steuerausfall von 80 000 M. jährlich ergibt, einverstanden erklärt und beantragt, in die Beratung des Gesetzentwurfes einzutreten. Obwohl laut Kammerbeschluss bei der Beratung des Etats pro 1883/85 für eine Steuerfreiheit bis zu 600 M. plaidiert worden war, wodurch ein jährlicher Ausfall von 143 416 M. entstehen würde, vertritt die Kommission jetzt die Ansicht, daß, so lange das Steuersystem des Landes überhaupt nicht im Sinne einer ergänzenden Einkommensteuer geändert ist, welche alle Steuerquellen umfaßt, von einer Steuerfreiheit im Sinne des erwähnten Kammerbeschlusses kaum die Rede sein könne. Es liegen sodann noch verschiedene Kommissionsabschlüsse zum Hauptfinanz-Etat pro 1887/88 vor. Unter anderem wurden die einkommen 20 000 M. zu Vorschüssen auf Steinkohlen auf dem Areal der Saline bei Sulz bewilligt. Der Nachweis der richtigen, der Berücksichtigung angemessenen Verwendung der bewilligten Steuern pro 1883/85 wurde von der Kommission für erbracht erklärt. Die effektiven Ausgaben beliefen sich pro 1883/85 auf 53 317 981,06 M., die Einnahmen auf 54 750 735,54 M.; dem Etat gegenüber 1 432 753,48 M. mehr. Pro 1884/85 waren die wirklichen Ausgaben 52 603 952,06 M., die Einnahmen 55 836 665,72 M.; die Mehreinnahme gegenüber dem Etat betrug also 3 232 713,66 M.

Ämtliche Nachrichten.

Se. Majestät der Königin haben allergnädigst geruht: dem Eisenbahn-Direktor Benda zu Lübeck, Vorstehenden der Direktion der Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft, den königlichen Kronen-Orden dritter Klasse; dem Postmeister Behrendt zu Mühlberg (Mark) und dem Debitus-Beamten bei der königlichen Porzellan-Manufaktur, Alexander Kapieus zu Berlin, den königlichen Kronen-Orden vierter Klasse; dem emeritierten Lehrer und Kantor Sonn zu Dittmarschen den Adler der Inhaber der königlichen Haus-Ordens von Hohenzollern; den emeritierten Lehrer Mann zu Galeske im Kreise Stolz und Lustig zu Briesen, Regierungsbegleit Bröckel, bisher zu Giesdorf im Kreise Rastlau, das Adelsmännchen Ehrenzeichen; sowie dem Schloßmeister Heine zu Werfburg die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen.

Se. Majestät der Königin haben allergnädigst geruht: den nachbenannten Personen die Erlaubnis zur Anlegung der ihnen verliehenen nichtpreussischen Ordens-Insignien zu erteilen, und zwar: des Ritterkreuzes erster Klasse des königlich bairischen Militär-Verdienst-Ordens: dem Obersten a la suite des Kaiserlichen Jägerbataillons Nr. 1, von Dittmann, Präses der Gewehr-Prüfungskommission; des Ritterkreuzes erster Klasse des königlich württembergischen Friedrichs-Ordens dem Hauptmann a la suite des 3. Niederschlesischen Infanterie-Regiments Nr. 50, Hannig, Subdirektor der Gewerbfabrik zu Spandau und beauftragt mit Wahrnehmung der Geschäfte des Direktors der Gewehr- und Munitionsfabrik zu Spandau, und dem Betriebs-Inspizitor Winterfeld bei der Munitionsfabrik zu Spandau; des Ritterkreuzes zweiter Klasse desselben Ordens: dem ersten Revisionsbeamten der Gewerbfabrik zu Spandau, Fabritien-Kommissarius Rudzberg, und dem Revisor bei derselben Fabrik, Ober-Wachstagsrath Scheide; der königlich württembergischen Albrechts-Ordens: dem Zeug-Feldwebel Diehl vom Artillerie-Depot zu Ulm; des Ritterkreuzes erster Klasse des herzoglich braunschweigischen Ordens Heinrichs des Löwen: dem Oberst-Leutnant Riemann, Kommandeur des Pionier-Bataillons Nr. 16; des Komturkreuzes zweiter Klasse des herzoglich sachsen-erbstlichen Haus-Ordens: dem Ober-Forstmeister von Alvensleben zu Weßdam, Mitglied des Hof-Rathes; sowie des Ritterkreuzes des königlich sächsischen Schwerdt-Ordens: dem Oberst-Leutnant Lichtenauer, Kommandeur des Badischen Pionier-Bataillons Nr. 14.

Deutsches Reich.

Se. Majestät der Kaiserin haben allergnädigst geruht: den bisherigen Legations-Sekretär bei der kaiserlichen Gesandtschaft in Madrid, Legations-Rath Freiherrn v. Gutsmuth zu Allerhöchstem Minister-Residenten bei der Republik Chile zu ernennen.

Zu Mustrom i. M. wird am 17. d. M. mit einer Seeschiffenprüfung für große Fregate begonnen werden.

Königreich Preußen.

Se. Majestät der Königin haben allergnädigst geruht: dem Direktor der preussisch-königlichen Kommission für den Schauffee- und Abgaben und der preussisch-königlichen Verwaltungs-Kommission der Provinz Posen, Dr. jur. Arthur Adolf Braun von Posadowitz-Wehner zu Posen, den Charakter als Geheim-Rat der Regierungsrath mit dem Range der Räte dritter Klasse, dem Direktor der königlichen Verkaufsstelle für Obst- und Weinbau, Goethe zu Gelsenheim a. Rh., dem Rittergutsbesitzer G. Neuhaus zu Selchow, Kreis Telow, und dem Rittergutsbesitzer Eänger zu Alt-Kemnitz, Kreis Hirschberg, den Charakter als Sekondemajor, dem Eisenbahn-Hauptkassen-Adjunkten Rosloff zu Berlin, sowie den Eisenbahn-Sekretären Bülow zu Berlin, Rantow zu Bromberg, Gohr zu Köln, Hedrich zu Elberfeld, Friedbein zu Erfurt und Brückmann zu Breslau den Charakter als Rechnungs-Rath, und dem Eisenbahn-Sekretär Gaese zu Hannover den Charakter als Kanzlei-Rath zu verleihen.

Neueste Nachrichten.

Wie der „N. M. Z.“ aus Cuxhaven gemeldet wird, brachte ein gestern dahin zurückgekehrter Dampfer die Nachricht mit, daß am 28. Februar von Helgoland aus beobachtet wurde, wie ein französisches Kriegsschiff die Tiefen in den dortigen Gewässern auspölte.

C. T. C. Bremen, 3. März. Der Präsident der Handelskammer, Melchers, richtete an der heutigen Börse an die Anwesenden eine Ansprache, in welcher er anlässlich der sechzigjährigen Bestehens der Kaufmannschaft das ungemein große Vertrauen derselben zu dem bisherigen Vertreter Bremens im Reichstage, Konrad Meier, aus sprach und die Versammlung aufzuforderte, demselben ein Hoch auszubringen. Die Kaufmannschaft leistete der Aufforderung Folge.

Frankfurt a. M., 3. März. Frankfurt-Lebus. v. Steinrück (Konf.) gewählt.

Moskau, 3. März. Büding (nat.-lib.) regte mit ca. 2000 Stimmen Majorität über Wittenberg (Konf.).

C. T. C. Paris, 3. März. Nach aus Bulgarien hier vorliegenden Mittheilungen hätte die Garnison von Silistria eine Stellung vorwärts der Stadt eingenommen, um den gegen sie herbeigeeilten Truppen aus Ruse und Schumla den Weg zu verlegen; zu einem Zusammenstoß zwischen diesen Truppen und der Garnison von Silistria sei es bis jetzt noch nicht gekommen. Gerüchtheile verlauten ferner von einer aufständischen Bewegung in der Gegend von Katschabach. Von der rumänischen Regierung würden zur Vorsehung Truppen an der Grenze zusammengezogen, auch türkischerseits würden Truppen an der rumänischen Grenze konzentriert.

Berliner Union-Verein.

Am Freitag, den 25. Februar, sprach Herr Dr. theol. Weßky, Redakteur der „Protestantischen Kirchenzeitung“, über „Koballs als religiöser Dichter und Denker.“ Der bis zum 9. Lebensjahre stille und träumerische Knabe zeigte sich nach dieser Zeit und glücklich überstandener schwerer Krankheit munter, thätig und fröhlich. Auf der Universität Sena, die er 1790, 18 Jahre alt, bezog, hörte und verehrte er Friedrich Schiller, in welchem er den Erzieher des künftigen Jahrhunderts erblickte. Nach einem Jahre setzte er seine Studien in Leipzig und später in Wittenberg fort und 1794 nach bestandenen Examen trat er in Tübingen in die fürstliche Verwaltung ein. In seinen Musestunden widmete er sich eifrig dem Studium der Fichte'schen Philosophie; von noch stärkerem Einfluß auf seine Entwicklung aber als sie war die himmlische Geduld und Ergebung seiner täglich erkrankten Braut Sophie von Köhn und ihr Tod im März 1797, dem vier Wochen später der Tod seines Lieblingsbruders folgte. Von jetzt an in Folge dieses großen Schmerzes nimmt sein Leben und Wesen entschieden die religiöse Wendung und die christliche Religion wird ihm Führerin und Trösterin. Zu den „Hymnen an die Nacht“ findet diese innere Wandelung einen ergreifenden Ausdruck. Insbesondere erklärt er in Christus den, welcher durch sein Leiden und Sterben den Schmerz gemeint und gehelligt hat und in seiner Auferstehung der Sieger über Schmerz und Tod geworden ist. Der ultraromantisch behauptete Hebertritt zur katholischen Kirche aber ist, wie Kobler nachweist, in Wahrheit nicht erfolgt: Friedrich Schlegel und zum Theil auch Tieck sind an dieser unwahren Behauptung schuld, besonders der letztere durch Anführung der zwei Marienlieder an Koballs „geistliche Lieder“, während sie für ein ganz anderes Werk bestimmt waren. Die Sonne seiner religiösen Poesie ist Jesus Christus; selbst in der Naturwelt leuchtet Christi „himmlische Anwesenheit“, das Todesopfer des „Menschensohns voll Lieb und Macht“, des „dornenumkränzten“ Heilandes wird von ihm in den ergreifendsten Ausdrücken besungen; er feiert aber dieses Opfer auch als Motiv der lausigen Dankbarkeit. Christus ist ihm eine Verkörperung der duldenden und verherrlichten Liebe. Von seinen Liedern werden die folgenden: „Wenn alle untreu werden“, „Weinen auch ich, immer weinen“, „Wenn ich ihn nur habe“, und „Was war ich ohne dich gewesen“ stets in der christlichen Gemeinde gesungen worden, und es ist ein Verdienst der Herrnhuter, gerade diese Lieder ihrem wahren Verthe nach bewahrt zu haben.

Es fehlt aber bei Koballs nicht an dem kritischen Element und seine Religiosität hindert ihn nicht, selbst zu befechtigen, was er ausgesprochen hat, daß die Religion aller geistigen Gaben und Kräfte des Menschen bedürfe. Dies erhellt besonders aus den auctur im „Alphandem“ veröffentlichten „Fragmenten“, von denen wiederum eine genauere Analyse giebt. Besonders hervorzuheben ist der tiefe, stille Ernst, den Koballs in der Unterscheidung der romantischen Klugheit — mit der Sünde macht; ohne sie giebt es für ihn auch keine volle Erlösung und Verführung und sehr klar und scharf stellt er Christus als Mittler zwischen Mensch und Gott ins Licht; doch betont er nicht die Gottheit des Mittlers, sondern sieht in ihm das Organ der Gottheit und ihre sichtbare Erscheinung. Dem Wunder spricht er die Kraft ab, überzeugend zu wirken, das stilles-religiöse Moment ist ihm die Hauptsache; bei der „Ewigkeit“ legt er den Haupt-Nachdruck darauf, daß sie in uns sei. Sein sogenannter „ästhetischer Idealismus“ ist doch wesentlich ethischer Natur und eben darum nicht fern vom Reiche Gottes. Die eigene Herzensreinheit verdankt er der Hingabe an Christus, dem er in dankbarer Gegenliebe und voll tiefsten Schmerzes über die, welche ihn und was er für sie gethan, vergessen, gänzlich angehört. Den Fehlschlag der zukünftigen Kirche des Geistes und der Liebe hat er in seine Wunden abgelegt in dem Liede: „Wenn alle untreu werden.“

Deutsche Gesellschaft für öffentliche Gesundheitspflege.

Ordentliche Sitzung, Montag den 28. Februar. Vorstehender: Herr Generalmajor Mehlhausen. Nach Erledigung einer geschäftlichen Angelegenheit erteilt der Vorsitzende Herr A. Guttman das Wort zu seinem Vortrage: „Ueber Desinfektion von Wohnungen.“ Der Vortragende, bekanntlich dirigierender Arzt des Krankenhauses in Rostock, hat in Gemeinschaft mit Herrn Merke, Verwaltungsdirektor dieses Krankenhauses, zahlreiche Versuche über die beste Methode, Wohnräume zu desinficiren, angestellt, und zwar in der Art, daß mit Milchsäure oder verdünnter Salzsäure an den Wänden angefeuchtet und die Abtödtung der Mikroorganismen durch angewandte Desinfektionsmittel auf Grund des bekannten Kulturverfahrens geprüft wurde. Diese Versuche haben nun ergeben, daß die Keime am besten vernichtet werden durch Erzeugung der Wände mit einer Sublimatlösung von 1:1000 mittels eines zweckmäßigen Sprüchapparates, falls dies so geschieht, daß die Wände öfters, mindestens zweimal besprängt werden, bis das Wasser herabrieselt. Eine 3proz. Karbolsäurelösung hat sich dagegen als völlig unwirksam erwiesen. Das erwähnte Verfahren ist sicherer, als die bisher in Anwendung gezogenen Methoden und genügt gleichzeitig allen Anforderungen, die man bei Desinfektion von Wohnräumen zu stellen berechtigt ist, nämlich daß die Wohnungen nicht beschädigt werden, das Verfahren für den Arbeiter und die Bewohner unschädlich, leicht zu handhaben und möglichst billig sei. Die Sublimatlösung schädigt Tapeten und Fußböden in keiner Weise; jedoch, mittels eines zweckmäßigen Apparates — einen solchen hat für den vorliegenden Zweck die Firma Kessler und Kastrup konstruirt — ausgeführt, sei das Verfahren auch für den Arbeiter unschädlich, desgleichen auch für die Bewohner, wenn unmittelbar nach Anwendung der Sublimatlösung die Wände und Fußböden mit 1prozent. Soda-Lösung besprängt werden, wodurch das Sublimat in eine unlösliche Verbindung übergeführt werde und zu Boden falle. Zur Desinfektion zweier mittelgroßer Zimmer und etwa 8 Gramm Sublimat nötig. Der Sublimatgehalt der Wände vermindert sich zwar mit jedem Tage, ist aber doch noch bis zum 27. Tage nachweisbar; eine Nachsprüfung mit der Soda-Lösung ist daher unbedingt notwendig. Im Uebrigen sei das Verfahren sehr leicht ausführbar und wenig kostspielig, da die Ausgaben sich auf den Tagelohn für einen Arbeiter und etwa 50 Pf. für die Chemikalien beschränken. In der sich anschließenden lebhaften Diskussion, an der sich namentlich die Herren Leng, Büschhoff, Maginsky, Bischof, Alex. Müller, C. Fraenkel, Merke und der Vortragende betheiligten, wird hervorgehoben, daß das Verfahren nicht unbedingt sei und zu Vergiftungen Veranlassung geben könnte, da sich aus allen zweckmäßigen metallischen Quecksilber-Verbindungen. Diese Gefahr sei allenfalls nur durch Ueberführung des Sublimats in Schwefelquecksilber zu vermeiden, alsdann würden aber wieder die Tapeten verunreinigt; man habe keine Kontrolle, ob alle Theile der Wand benetzt werden; ob diese, die Krankheitserreger enthaltende Flecke (Auswurf) genügend von der Flüssigkeit durchdrungen werden; das Verfahren sei praktisch noch nicht anwendbar, zumal ja 3 der Versuche selbst fehlerhaft waren. Die Versuche bildeten demnach wohl einen sehr schätzenswerthen Beitrag zur Frage der Desinfektion, könnten aber noch nicht als abschließend betrachtet werden.

Gerichtsverhandlungen.

th Der im Jahre 1797 geborene Rentier August Barthold hatte sich heute vor der VI. Strafkammer hiesigen Landgerichts I. wegen Miethssteuer-Sinterziehung zu verantworten. Der Angeklagte ist seit 60 Jahren Besitzer eines in der Dorothienstraße gelegenen Hauses, und zwischen dem alten Herrn und seinen Miethern, die theilweise schon Decennien hindurch in ihren Wohnungen verblieben sind, besteht ein ungetrübtes patriarchalisches Verhältnis. Der alte Herr stand nun schon seit einiger Zeit in dem Verdacht, daß er die Miethspreise seiner Miethen zu deren Gunsten, d. h. um dieselben eine geringere Miethsteuer aufzubringen, niedriger ansetze, als sie thatsächlich gezahlt wurden. Seitens der Steuer-Deputation findet nun alle 4 Jahre eine Revision der Katasterblätter statt und da die im Jahre 1885 vorgenommene Revision bei den Miethen in dem Hause des Angeklagten eine auffällige Verschiebung ergab, so sah sich der Stadtrath Weisse veranlaßt, einen Magistratssekretär mit der Untersuchung der Angelegenheit zu betrauen. Dieser stellte auf Grund der persönlichen Vernehmungen der Miethen fünf Fälle fest, in denen der Angeklagte auf dem der städtischen Steuerdeputation eingereichten Verzeichniß die Miethen zu niedrig angegeben hatte. Das Schöffengericht hatte deshalb l. z. den alten Herrn außerst milde mit 25 M. Geldbuße verurtheilt, dieser aber legte Berufung ein und blieb heute auch in der zweiten

Sitzung mit großer Energie dabei, daß er nach Abzug von 6 Proz. für Gas- und Wasserleitung die steuerpflichtigen Miethserträge nicht ansetzen habe. Die Rechnung stimmte aber keineswegs und die Berufungskammer mußte es daher bei dem ersten Erkenntnis belassen. Der darob sehr erbaunte alte Herr meldete sofort Revision an.

Telegraphische Depeschen.

Schiffbewegung der Postdampfschiffe der Hamburg-Amerikanischen Paketfahrt-Aktiengesellschaft, „Hamburg“, 22. Februar von St. Thomas nach Hamburg; „Wieland“, 11. Februar von New York, 23. Februar in Hamburg angekommen; „Zenta“, 20. Februar von Hamburg nach New York, 23. Februar von Havre weiter; „Hibernia“, 24. Januar von Hamburg nach Westindien, 23. Februar in Colon angekommen; „Marfala“, 24. Februar von Hamburg nach New York; „Vorarlberg“, 6. Februar von Hamburg nach Westindien, 24. Februar in St. Thomas angekommen; „Almanara“, 21. Februar von Hamburg nach Westindien, 24. Februar von Havre weiter; „Bohemia“, 23. Februar von New York nach Hamburg; „Saxonia“, 5. Februar von St. Thomas, 26. Februar in Hamburg angekommen; „Mugla“, 18. Februar von New York nach Hamburg, 28. Februar Lizard passiert; „Francia“, 11. Februar von St. Thomas nach Hamburg, 28. Februar Seilly passiert; „Tentonia“, 28. Februar von St. Thomas nach Hamburg; „Gothia“, 1. März von New York nach Stettin; „Moravia“, 1. März von Hamburg nach New York; „Albatros“, 14. Februar von St. Thomas nach Hamburg, 1. März Seilly passiert; „Goliath“, 4. Februar von Hamburg nach Mexiko, 1. März in Vera Cruz angekommen; „Bavaria“, 24. Februar von Hamburg nach Westindien, 2. März von Havre weiter; „Albatros“, ab Hamburg, 26. Februar in New York angekommen; „Albatros“, ab Hamburg, 1. März in New York angekommen.

Continental-Telegraphen-Gesellschaft (früher Wolff's Telegraphisches Bureau).

Frankfurt a. M., Donnerstag, 3. März, Nachmittag 2 Uhr 30 Min. fest.

| (Schluß-Course.) | C. v. 2. | C. v. 2. | C. v. 2. |
|-------------------------------------|---------------|--------------------------|-----------------|
| Roudeur Wechsel | 20,405 20,405 | Unif. Ägypter | 71,10 70,90 |
| Pariser do. | 80,425 80,40 | Neue Türken | 13,20 13,20 |
| Wiener do. | 159,00 158,80 | Böhm. Westbahn | 212 211 1/2 |
| Reichsanleihe | 105,50 105,50 | Central-Pacific | 113,00 112,50 |
| Defferr. Silber | 63,90 63,70 | Kranzberg | 188 1/2 188 1/2 |
| do. Papierreute | — 62,30 | Waller | 158 1/2 157 1/2 |
| do. 5% Papierreute | — — | Guthardbahn | 92,90 92,80 |
| do. 4% Goldrente | 86,70 86,70 | Sessle-Ludwigsh. | 92,60 91,50 |
| 1860er Loose | 111,50 111,50 | Kombard | 69 1/2 69 1/2 |
| 1864er Loose | 272,50 271,00 | Unif.-Ludwigsh. | 151,70 151,70 |
| 4% ungar. Goldr. | 76,30 76,30 | Nordwestbahn | 124 1/2 124 1/2 |
| do. Staatsloose | 208,20 208,40 | Kreditaktien | 217 1/2 216 1/2 |
| Italiener | 94,90 94,50 | Darstellung Bank | 133,60 133,00 |
| 1880er Russen | 79,40 79,20 | Reichsbank | 93,00 92,90 |
| III. Orientanleihe | 55,40 55,40 | Reichsbank | 133,90 135,00 |
| IV. Orientanleihe | 55,20 55,20 | Disconto-Komm. | 190,10 188,50 |
| Spanier erier | 63,30 63,00 | 5% serbische Rente | 76,30 76,40 |
| Neue Serben | 79,00 | Neuer Stamm-Vorortaktien | 88,00 |
| 3proz. portugiesische Anleihe | 89,60 | Buenos-Ayres | 84,50 |
| Nach Schluß der Börse: Kreditaktien | 218 | Kranzberg | 189 1/2 |
| Galizier 1884 | Kombard 70 | 4proz. Disconto-Komm. | 191,30 |

Köln, Donnerstag, 3. März, Nachm. 1 Uhr. Getreide-markt. Weizen loco hiesiger 17,75, fremder loco 18,25, März 16,70, Mai 17,40, Juli 17,70, Roggen loco 14,50, März 12,65, Mai 13,05, Juli 13,20. Hafer loco 14,75. Rübsöl loco 24,00, Mai 23,45.

Magdeburg, Donnerstag, 3. März. Zuckerbericht. Kommoder, excl. von 96 Proz. 17,75, Kornzucker, excl. 88 1/2 Rendem. 18,75, Nachprodukte excl. 75 Rendem. 16,20. Behauptet. Gem. Raffinade mit Feß 24,50, Gem. Melis I. mit Feß 23,25. Still. Rohzucker I. Produkt Transit f. a. S. Hamburg per März 10,42 1/2 bez., 10,45 Br., April 10,65 bez., 10,75 Br., Mai 10,72 1/2 bez., 10,82 1/2 Br., Juni 11,05 bez. n. Br. Steig.

Wien, Donnerstag, 3. März. Spiritus loco ohne Feß 36,10, März 36,40, April-Mai 37,10, Juni 38,10, Juli 38,60, August 39,10. Tendenz: Matter.

Breslau, Donnerstag, 3. März, Nachm. Still.

| C. v. 2. | C. v. 2. | | |
|--------------------|---------------|---------------------|---------------|
| Defferr. Banknoten | 159,25 159,10 | Hess. Endwagbahn | 91,50 — |
| Russ. Banknoten | 181,87 181,75 | Bresl. Discontoakt. | 87,00 86,75 |
| Defferr. Goldr. | — — | Bresl. Wechselbank | 96,75 96,75 |
| 4% ungar. Goldr. | 76,50 76,25 | Kreditaktien | 452,50 449,00 |
| 1880er Russen | 79,50 79,00 | Schleß. Bankverein | 103,00 102,75 |
| 1884er Russen | 92,70 92,50 | Donnerk. Bankhütte | 39,60 39,90 |
| II. Orientanl. | 55,50 55,50 | Laurethütte | 78,50 78,35 |
| Italiener | 94,65 94,75 | D.-Schl. Eisenbahn | 47,00 47,00 |

Leipzig, Donnerstag, 3. März.

| (Schluß-Course.) | C. v. 2. | C. v. 2. | |
|-----------------------|---------------|----------------------|---------------|
| 3proz. sächs. Rente | 90,50 90,60 | Leipziger Disconto | 98,50 98,50 |
| 4proz. „Anleihe | 103,70 103,70 | Sächsische Bank | 114,00 114,00 |
| Wustfalerader Lit. A. | 121,25 121,25 | Leipziger Kammerg. | 220,00 220,00 |
| do. Lit. B. | 83,60 83,50 | „Reite“ | 84,50 86,00 |
| Böhm. Nordbahn | 98,00 98,10 | Zuckerfabrik (Gauß) | 73,40 73,40 |
| Magd.-Röhl. | 87,00 87,00 | Zuckerfabrik (Halle) | 88,00 88,00 |
| Leipziger Kredit | 168,00 168,00 | Thur. Gas-Gesellsch. | 137,50 137,50 |
| Leipziger Bank | 129,00 129,00 | Defferr. Banknoten | 158,95 159,15 |

Wien, Donnerstag, 3. März, Nachm. Aufgeschoben.

| (Schluß-Course.) | C. v. 2. | C. v. 2. | |
|---------------------|---------------|-------------------|----------------|
| Defferr. Papier. | 78,50 78,25 | Kronpr. Rudolfsb. | 180,50 181,00 |
| do. 5% Papierreute | 96,70 96,70 | Dur-Bodenbach | — — |
| do. Silberrente | 80,00 79,95 | Böhm. Westbahn | — — |
| 4% Goldrente | 108,90 108,90 | Nordbahn | 237,50 235 1/2 |
| 5% ungar. Goldr. | 96,50 96,15 | Unionbank | 206,50 205,50 |
| 5% ungar. Papierre. | 86,70 86,20 | Anglo-Austrian | 104,50 104,00 |
| 1854er Loose | 126,00 126,00 | Wiener Bankverein | 95,75 95,50 |
| 1860er Loose | 132,75 132,75 | Ungar. Kredit | 285,50 283,00 |
| 1864er Loose | 164,50 165,00 | Deutsche Wäbe | 62,70 62,80 |
| Kreditloose | 174,50 174,50 | Roudeur Wechsel | 128,25 128,25 |
| III. Prämienloose | 118,00 118,25 | Pariser do. | 50,55 50,55 |
| Kreditaktien | 275,50 273,60 | Amsterdamer do. | 105,65 105,60 |
| Kranzberg | 238,50 238,00 | Rapoleon | 10,12 10,15 |
| Kombard | 89,00 89,25 | Dukaten | 5,97 5,97 |
| Galizier | 198,50 197,50 | Marinoten | 62,70 62,82 |
| Bank-Gern.-Zaff. | 215,75 215,50 | Russ. Banknoten | 1,14 1,14 |
| Wustfaler | 152,50 152,75 | Silbercoupons | 100,00 100,00 |
| Nordwestbahn | 157,75 158,00 | Länderbank | — — |
| Wustfalerbahn | 143,00 142,00 | Tramway | 209,00 209,00 |
| Wustfalerbahn | — — | Tabakaktien | 48,50 49,75 |

Paris, Donnerstag, 3. März, Nachm. 12 Uhr 40 Minuten. 3proz. Rente 79,87, 4proz. Anleihe 108,30, Italiener 95,50, Franzosen 478,75, Kombard 193,75, Türken 13,60, Suezaktien 1970, Ottomankbank 487, Ägypter 362. Fest.

Havre, Donnerstag, 3. März, Vormittag 8 Uhr 30 Minuten. (Telegramm von Beermann, Ziegler u. Co.) Kaffee. New York schließt mit 10 Points pausse. Rio 9000 B., Santos 11 000 B. Recettes für gestern.

Havre, Donnerstag, 3. März, Vorm. 10 Uhr 30 Minuten. (Telegramm von Beermann, Ziegler u. Co.) Kaffee. Good average Santos März 77,50, April 77,50, Mai 77,75, Juni 78,00, Juli 78,25, August 78,50, September 78,75. Behauptet.

Liverpool, Mittwoch, 2. März, Nachmitt. 4 Uhr 15 Min. Baumwoll (Schlußbericht). Umfah 12 000 B., davon für Speculation und Export 2000 Ballen. Fest. Middl. amerikanische Lieferung: März 5 1/4, Verkaufspreis, März-April 5 1/4, April-Mai 5 1/4, Kautschuk, Juni-Juli 5 1/4, Verkaufspreis, Juli-August 5 1/4, August-September 5 1/4, Verkaufspreis, September-Oktober 5 1/4 d. Verkaufspreis.

Glasgow, Mittwoch, 2. März, Nachmittags. Robbeisen (Schluß). März monats warant 43 s 2 d.

Glasgow, Donnerstag, 3. März, Vorm. 11 Uhr 10 Min. Robbeisen. März monats warant 43 s 2 d.

Beantwortliche Redakteur: F. Dornberg in Berlin.

Für die auf die deutschen politischen Angelegenheiten bezüglichen Theile: S. C. Adhner in Berlin.

Druck und Verlag der National-Zeitung Dr. F. Salomon in Berlin.